



Armenien

Länderinformation

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 Austrian
Development
Agency

Einleitung

Seit 2011 ist Armenien ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Programme und Projekte konzentrieren sich auf den Sektor ländliche Entwicklung sowie inklusive lokale Entwicklung durch effektive Institutionen.



BASISDATEN

Staatsform	Republik
Fläche	29.800 km ²
Einwohnerinnen und Einwohner (2020)¹	2,96 Mio.
Hauptstadt	Jerewan
Staatspräsident	Vahagn Khachaturyan (seit April 2022)
Ministerpräsident	Nikol Paschinjan (seit Mai 2018)
Größte Parteien	Zivilvertrag, 71 Sitze; Allianz Armenien, 29 Sitze; Bündnis Ich habe Ehre, 6 Sitze
Bevölkerung	98,1 % armenisch, 1,2 % jesidisch, 0,1 % kurdisch, 0,4 % russisch, weiters assyrisch, georgisch, ukrainisch und griechisch
Sprachen	Armenisch (Amtssprache), Russisch, Minderheitensprachen
Religionen	Mehrheit: Armenisch-apostolische Kirche; Minderheiten von Armenisch-Katholischen, Russisch-Orthodoxen, Jesiden, Protestanten u.a.
BIP/Kopf (2021)²	4.966,5 US-Dollar
Jährliches Wachstum des BIP (2021)³	6,3 %
Armut (2021)⁴	27 % leben unter der Armutsgrenze.
HDI (Human Development Index) (2021)⁵	0,759; 85. Stelle von 189

¹ https://armstat.am/file/article/nasel_01.01.2020.pdf

² <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?locations=AM>

³ <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.KD.ZG?locations=AM>

⁴ https://armstat.am/file/article/poverty_2021_e_2_.pdf

⁵ <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data/#/countries/ARM>

Politische Situation

Im April 2018 kam es in Armenien zur sogenannten samtenen Revolution, die durch vorgezogene Parlamentswahlen im Dezember 2018 demokratisch legitimiert wurde. Der neue Premierminister Nikol Paschinjan und sein Bündnis „Mein Schritt“ (seit 2021 „Zivilvertrag“) erhielten mit über 70 Prozent der Stimmen die entscheidende Mehrheit im Parlament. Im Jahr 2020 flammte der Berg-Karabach-Konflikt wieder auf (sh. unten). Die militärische Niederlage Armeniens und die Unterzeichnung des von Russland vermittelten trilateralen Waffenstillstandsabkommens lösten eine politische Krise in Armenien aus. Armenien hatte hohe Verluste erlitten und musste Gebiete rund um und Teile von Berg-Karabach räumen. Nichtsdestotrotz blieb Ministerpräsident Paschinjan im Amt. Die politische Situation blieb jedoch sowohl außen- als auch innenpolitisch angespannt. Im Juni 2021 kam es zu vorgezogenen Parlamentswahlen, die Premierminister Paschinjan im Amt bestätigten. Die Oppositionsparteien „Allianz Armenien“ und „Ich habe Ehre“ verblieben ebenso im Parlament.

Internationale Beziehungen und Nachbarschaftspolitik

Mit Georgien im Norden und dem Iran im Süden verbindet Armenien eine gute Nachbarschaft. Das Verhältnis zur Türkei im Westen sowie zu Aserbaidschan im Osten und Südwesten ist hingegen von Konflikten geprägt. Im September 2022 kam es entlang der östlichen Grenze auch zu Angriffen Aserbaidschans auf armenisches Staatsgebiet. Unter internationaler Vermittlung wird derzeit eine Annäherung versucht.

Die Europäische Union (EU) ist an Stabilität und Sicherheit in Armenien und im gesamten Südkaukasus sehr interessiert und unterstützt im Rahmen der Östlichen Partnerschaft wirtschaftliche und politische Reformen in der Region. Auf Ersuchen der armenischen Regierung entsandte die EU eine Beobachtungsmmission, die die Lage in der Grenzregion zu Aserbaidschan beobachten und einen Beitrag zur Vertrauensbildung leisten soll. Der Präsident des Europäischen Rates tritt als Mediator bei Friedensverhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan auf.

Im Jahr 2013 trat Armenien der von Russland dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion bei. Trotz der starken Ausrichtung der armenischen Wirtschaft auf Russland strebt Armenien eine enge Anbindung an die EU an. Das umfassende und erweiterte Kooperations- und Partnerschaftsabkommen (CEPA) wurde im Rahmen des Gipfels der Östlichen Partnerschaft 2017 in Brüssel unterzeichnet und trat am 1. März 2021 in Kraft. Das Abkommen hebt die bilateralen Beziehungen zwischen Armenien und der EU auf eine neue Ebene. Es regelt die Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen wie Politik, Wirtschaft und Handelsbeziehungen.

Berg-Karabach-Konflikt

1920 wurde die mehrheitlich von (christlichen) Armenier*innen besiedelte Region zu einem autonomen Gebiet innerhalb der von (muslimischen) Aseris dominierten Aserbaidschanschen Sozialistischen Sowjetrepublik. 1991 erklärten Armenien und Aserbaidschan ihre Unabhängigkeit. Kurze Zeit später erklärte auch Berg-Karabach seine Unabhängigkeit von Aserbaidschan. 1992 kam es um Berg-Karabach zum offenen Krieg mit vielen Toten und Vertriebenen. Seit 1994 galt ein – wenn auch brüchiger – Waffenstillstand. Am 27. September 2020 flammte der blutige Konflikt wieder auf. Am 10. November 2020 trat ein von Russland vermitteltes trilaterales Waffenstillstandsabkommen in Kraft. Es überträgt Aserbaidschan die Kontrolle über sieben Bezirke um Berg-Karabach und über etwa ein Drittel des Territoriums von Berg-Karabach und sieht die Überwachung durch russische Friedenstruppen vor.

Fast die Hälfte der Bevölkerung von Berg-Karabach floh während des Krieges 2020 nach Armenien, viele leben dort weiter in gemeinschaftlichen Zentren, Wohnheimen oder bei Verwandten, oft unter schwierigen Bedingungen. Die Bedürfnisse der Geflüchteten sind vielfältig und reichen von dringendem Bedarf an Lebensmitteln, Bargeld und Heizung bis hin zu solchen, die längerfristige Lösungen benötigen,

wie Beschäftigung oder auch psychologische Unterstützung. Seit Dezember 2022 ist der Zugang von Armenien nach Berg-Karabach über den Lachin-Korridor für Zivilpersonen unpassierbar. Das führte zu einer beschränkten Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten sowie Strom und Gas.

Menschenrechtssituation

Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit sind in der armenischen Verfassung verankert und das Land hat erhebliche Fortschritte in den Bereichen Demokratisierung, Menschen- und Minderheitenrechte sowie Korruptionsbekämpfung gemacht. Der Kampf gegen die Korruption ist eine der strategischen Prioritäten der Regierung, ebenso wie die Schaffung eines unabhängigen Justizsystems, gleicher wirtschaftlicher Chancen und die Respektierung der Menschenrechte. Bei den letzten Parlamentswahlen im Juni 2021 wurden die Grundfreiheiten und Prinzipien demokratischer Wahlen eingehalten. Seit der samtenen Revolution im Jahre 2018 sind die Minderheiten im Rat der nationalen Minderheiten integriert. Das Versammlungsrecht wurde reformiert, das Medien- und Wahlrecht modifiziert und das Strafgesetzbuch geändert. Weitere Reformen sollen die Unabhängigkeit des Justizsystems stärken. Seit dem Jahr 2017 gibt es ein Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und seit 2019 die Nationale Genderstrategie. Jedoch besteht weiterer Handlungsbedarf in Bezug auf die Rechte von Frauen und von Minderheiten. 2020 schränkten der COVID-19-Notstand und das wegen des Konflikts ausgerufenen Kriegsrecht die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein und einige der begonnenen Reformprojekte kamen zu einem Stillstand. Beide Seiten des Konflikts um Berg-Karabach setzten schwere Waffen in dicht besiedelten Gebieten ein. Sie verursachten zivile Todesopfer, Verletzte und weitreichende Schäden. Die Verletzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts führten zu mehreren gegenseitigen Staatenbeschwerden Aserbaidschans und Armeniens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie dem Internationalen Gerichtshof.

Wirtschaft

Vor der Unabhängigkeit von der Sowjetunion waren Industrie und Landwirtschaft die dominierenden Wirtschaftszweige des Landes. 2019 belief sich der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf etwa 11 Prozent und der Anteil des Produktionsbereiches auf etwa 20 Prozent⁶. Beinahe 53 Prozent des BIP werden im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet.⁷ Der Tourismus bietet ebenfalls Chancen für das Land. Die dafür notwendige Infrastruktur muss aber erst stark ausgebaut werden.

Die Liberalisierung der Wirtschaft ab 1994 brachte Armenien einen Aufschwung. Die globale Wirtschaftskrise ab 2007 führte jedoch zu einem massiven Einbruch der Exporte und Direktinvestitionen. Die Armutsrate stieg von 27,6 Prozent im Jahr 2008 auf 35,8 Prozent im Jahr 2010 an. Der Staat reagierte mit Pensionserhöhungen und gezielten Sozialleistungen zur Unterstützung besonders bedürftiger Bevölkerungsgruppen. Dennoch lag die Armutsrate 2021 immer noch bei rund 27 Prozent.

Sowohl die Coronapandemie als auch der Krieg um Berg-Karabach 2020 verursachten schwere wirtschaftliche Rückschläge. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums ging das BIP in Armenien 2020 um 7,6 Prozent zurück. Im Jahr 2019 wuchs es noch um knapp 7,4 Prozent. Das war das schnellste Wachstum seit 2008.⁸ Der Rückgang im Jahr 2020 wurde durch eine schlechte Handelsaktivität noch verstärkt: Die Exporte gingen um über 33 Prozent und die Importe um 28 Prozent zurück. Auch die ausländischen Direktinvestitionen sanken. Überweisungen der 5 bis 7 Millionen im Ausland lebenden Armenier*innen

⁶ <https://armstat.am/file/doc/99533293.pdf>

⁷ <https://data.worldbank.org/indicator/NV.SRV.TOTL.ZS?locations=AM>

⁸ <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.KD.ZG?locations=AM>

machen rund 11 Prozent des BIP aus.⁹ Im Jahr 2021 wuchs die armenische Wirtschaft wieder um 6,3 Prozent.¹⁰

Infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine erlebte Armenien 2022 einen großen Zustrom an Kapital sowie von Unternehmen und Menschen – darunter viele qualifizierte Arbeitskräfte – aus Russland. Das armenische BIP wuchs 2022 um 7,3 Prozent. Wachstumstreiber waren vor allem die Sektoren Transport und Lagerhaltung sowie neben der Informations- und Kommunikationsbranche auch der Finanz- und Versicherungssektor.

Reform für besseres Investitionsklima

Die Wirtschaft ist weiterhin stark durch De-facto-Monopole und deren politische Einflussnahme geprägt, auch wenn die Regierung zu liberalisieren versucht. Ministerpräsident Paschinjan rief 2019 eine „wirtschaftliche Revolution“ aus. Diese soll das Geschäfts- und Investitionsklima stärken, aber auch steuerliche Vorteile für Arbeitnehmer*innen bringen. Ausländische Investitionen kamen in den letzten Jahren insbesondere aus Russland (Schienenverkehr, Bergbau, Energie und Telekommunikation), Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, den USA und Frankreich.

Der Bankensektor und die IT-Industrie entwickeln sich gut. Zahlreiche Unternehmen lassen in Armenien ihre elektronischen Produkte fertigen, denn die Arbeitskräfte sind gut ausgebildet und das Lohnniveau ist niedrig.

Modernisierung der Landwirtschaft

Etwa 36 Prozent der armenischen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig (Obst, Gemüse, Tabak und Vieh).¹¹ Aufgrund teils veralteter Markt- und Vertriebsstrukturen und nicht adäquaten Managements ist der Agrarsektor jedoch nicht sehr produktiv. Armenien ist daher auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, die die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. Die Regierung investiert seit einigen Jahren verstärkt in die Modernisierung der Landwirtschaft. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Armenien dabei.

Weitere Reformen gibt es im Gesundheitswesen, in der Wasser- und Sanitärversorgung, im Bildungs- und Ausbildungsbereich, in der Wissenschaft und Forschung sowie im Verwaltungsbereich. Die Regierung möchte mit Dezentralisierungsmaßnahmen effizientere Strukturen schaffen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind ihr dabei besondere Anliegen. Sie will das große Gefälle zwischen der Hauptstadt Jerewan und den anderen Regionen durch gezielte Förderungen, private Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen beseitigen.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Armenien

Der Südkaukasus ist seit 2006 Schwerpunktregion der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 2011 sind Armenien und Georgien Schwerpunktländer. 2014 eröffnete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ein Auslandsbüro in Jerewan. Bereits 2012 hatten Österreich und Armenien ein neues Abkommen über bilaterale Entwicklungszusammenarbeit unterzeichnet, das die Basis für die Landesstrategie Armenien 2012–2020 der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit bildete. Aktuell

⁹ <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.DT.GD.ZS?locations=AM>

¹⁰ <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.KD.ZG?locations=AM>

¹¹ <http://www.fao.org/armenia/fao-in-armenia/armenia-at-a-glance/en/>

gilt die neue Landesstrategie für die Jahre 2021–2024. Kooperationspartner sind staatliche Stellen, multilaterale Partner, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen.

Österreichs Entwicklungshilfeleistungen an Armenien

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)¹² an Armenien beliefen sich von 2004 bis 2021 auf 38,89 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)¹³ 21,93 Millionen Euro aus.¹⁴

ODA Österreichs an Armenien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2017	2018	2019	2020	2021
bilaterale ODA gesamt an Armenien in Mio. Euro	4,10	2,52	3,29	2,50	4,39
in % der ges. bilateralen ODA	0,77	0,61	0,82	0,56	0,76
OEZA an Armenien in Mio. Euro	2,05	1,92	2,86	2,06	3,87
OEZA an Armenien in % der ges. OEZA-Leistungen	1,54	1,67	2,30	1,59	2,64

Quelle: ADA-Statistik

Schwerpunkte und Leistungen

Das übergeordnete Ziel der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Armenien ist die Verbesserung der Lebensgrundlagen und die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung durch inklusive wirtschaftliche Entwicklung und bessere Verwaltung in den benachteiligten Regionen. Die Schwerpunkte von 2021 bis 2024 sind ländliche Entwicklung sowie inklusive lokale Entwicklung durch effektive Institutionen.

Ländliche Entwicklung

Österreich unterstützt die nachhaltige ländliche Entwicklung in Armenien durch den Transfer von Know-how, den verbesserten Zugang zu Wissen, Innovationen und Märkten, die Erhöhung der lokalen Wertschöpfung, die Steigerung der Produktivität auf Basis nachhaltiger, klimaresistenter Produktionsmethoden und durch ein nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen. Der Fokus liegt dabei auf Vieh- und Weidewirtschaft sowie auf nachhaltiger und biologischer Landwirtschaft. Österreich kooperiert dabei sowohl mit der politischen Ebene als auch mit einzelnen Landwirtinnen und Landwirten und Agrarunternehmen vor Ort. Österreich hat auch die Durchführung des ersten Agrarzensus und die Einführung des Tierregistrierungssystems in Armenien unterstützt.

Inklusive lokale Entwicklung durch effektive Institutionen

Österreich setzt sich in seinem Partnerland für eine effizientere, partizipativere und transparentere lokale Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen in den Gemeinden ein. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft und

¹² Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)

¹³ Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

¹⁴ Werte bis 2017: Netto-Auszahlungen, ab 2018: Zuschussäquivalent (ausgenommen Privatsektorinstrumente)

damit Erhöhung der Selbstbestimmung ländlicher Gemeinden ist der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dabei sehr wichtig. Im Fokus steht die aktive Beteiligung von Frauen, ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen an politischen und sozioökonomischen Prozessen.

Projektbeispiele

Nachhaltige Viehwirtschaft

In den ländlichen Regionen Armeniens leben die Menschen vorwiegend von der Viehwirtschaft. Die Qualität tierischer Produkte reicht jedoch oft nicht aus, diese gewinnbringend auf dem Markt zu verkaufen.

Damit sich das ändert, setzt die armenische Regierung gemeinsam mit internationalen und lokalen Partnern nun auf optimierte Viehhaltung und bessere Weidelandnutzung. Diese sind Knackpunkte für eine hochwertige Lebensmittelproduktion. Vertreterinnen und Vertreter lokaler Behörden, Landwirtinnen und Landwirte und Futtermittelproduktoren bekommen die Möglichkeit, sich auszutauschen und an Lehrgängen teilzunehmen. So lernen sie etwa, wie man Weideland effektiv bewirtschaftet. Die Tierhaltung und auch Viehtransporte sollen artgerechter und ökonomischer werden, etwa durch bessere Ställe, Freigang der Tiere oder innovative Zuchtverfahren. Wichtig ist auch, dass die Tiere regelmäßig veterinärmedizinisch untersucht und versorgt werden. Produzentinnen und Produzenten erhalten Unterstützung dabei, ihre Produkte am heimischen sowie am internationalen Markt zu vermarkten. Sie können etwa an Messen teilnehmen und bekommen Marketingtrainings.

Landwirtinnen und Landwirte, Unternehmende und Arbeiternehmerinnen und -nehmer aus rund 70 ländlichen Siedlungen der Provinzen Syunik, Gegharkunik und Shirak sollen von den verbesserten Milch- und Fleisch-Wertschöpfungsketten profitieren.

System zur Tierregistrierung

Eines der wichtigsten Elemente bei der Weiterentwicklung der Viehwirtschaft ist die ordnungsgemäße Registrierung der Tiere. Dank technischer Unterstützung österreichischer Expertinnen und Experten gibt es nun ein System zur Identifizierung und Registrierung von Tieren. Auf Pilotfarmen lernen Landwirtinnen und Landwirte sowie Veterinärmedizinerinnen und -mediziner über die Prinzipien der ordnungsgemäßen Registrierung und des Gesundheitsmanagements der Tiere und wie sie das neue System bedienen können. Bis 2022 soll dieses landesweit eingesetzt werden.

Bessere Lebensbedingungen durch nachhaltige Landwirtschaft

Höhere Wertschöpfung in der nachhaltigen Landwirtschaft und in Folge ein ausgewogenes und integratives Wachstum in Nordarmenien – das ist das Ziel eines Projektes, das die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, für UNDP Armenia umsetzt.

Damit das Konzept der nachhaltigen Landwirtschaft langfristig erfolgreich sein kann, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein. Wichtig ist, dass das Rechtssystem und das institutionelle Umfeld so gestaltet sind, dass sich eine ökologische und inklusive Landwirtschaft entwickeln kann. Außerdem müssen landwirtschaftliche Betriebe Zugang zu Infrastruktur, grünen Technologien und landwirtschaftlichen Techniken haben. Genau hier setzt das Projekt an. Durch höhere Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Betriebe trägt es zu nachhaltigen Veränderungen im Landwirtschaftssektor bei.

Auch zivilgesellschaftliche Organisationen, staatliche Institutionen und landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen haben eine wichtige Funktion für inklusives Wachstum. Die Projektpartner beziehen sie daher ein. Insgesamt werden fünf Lehrgänge sowie Unterrichtsmaterialien zum Thema nachhaltige Landwirtschaft entworfen. Dadurch erhalten Vertreterinnen und Vertreter lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie des öffentlichen Sektors Expertise bei der Einführung nachhaltiger Lösungen und Innovationen.

Vertragspartner:
Strategic Development Agency (SDA)
Laufzeit:
10/2021–03/2025
OEZA-Beitrag:
rd. 2 Mio. Euro

Vertragspartner:
Center for Agribusiness and Rural Development (CARD) Foundation
Laufzeit:
12/2021–05/2025
OEZA-Beitrag:
1,6 Mio. Euro

Vertragspartner:
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) Armenia und EU
Laufzeit:
10/2019–06/2023
OEZA-Beitrag:
2 Mio. EUR
EU-Beitrag:
9,7 Mio. EUR

Das Projekt kommt etwa 2.000 landwirtschaftlichen Betrieben, darunter Erzeugerverbänden, Genossenschaften und Verarbeitungsbetrieben, sowie Beschäftigten im Landwirtschaftssektor zugute. Insgesamt profitieren rund 10.000 Menschen von der erhöhten lokalen Wertschöpfung und besseren Qualität der lokalen Produkte. Das Projekt verändert also nicht nur den Landwirtschaftssektor, sondern wirkt sich auch positiv auf Handel und Tourismus aus.

Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen

Familien und Kinder integrativ stärken

In der Region Tavush im Nordosten Armeniens arbeitet SOS-Kinderdorf seit mehr als 25 Jahren daran, die Situation von Familien und Kindern zu verbessern, die von Armut betroffen sind. Die Region liegt an der Grenze zu Aserbaidschan und ist wiederkehrenden militärischen Konflikten ausgesetzt. Sehr hohe Arbeitslosigkeit und wirtschaftlich bedingte Abwanderung der männlichen Bevölkerung führen zu familiären Krisensituationen. Die Armutsrate bei Kindern beträgt über 40 Prozent.

Betroffene Familien werden in diesem Projekt gezielt unterstützt und erhalten etwa Zugang zu psychosozialer Unterstützung und medizinischen Behandlungen. Diese sollen auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern Rücksicht nehmen und den Erwachsenen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Spezielle Schulungen sollen das Bewusstsein der Zielgruppe in Hinblick auf Gleichberechtigung, Geschlechterstereotypen und geschlechterspezifische Gewalt stärken. Kinder und Jugendliche profitieren von Lernunterstützung, medizinischen Angeboten und Berufsberatung.

Rund 500 Kinder aus 250 Familien aus den städtischen Gemeinden Berd, Noyemberyan, Kogb und Ayrum und ihren Einzugsgebieten profitieren von den gezielten Fördermaßnahmen.

Gegen die Auswirkungen von COVID-19

Die Coronapandemie hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Entwicklungsperspektiven Armeniens, sowohl auf makroökonomischer Ebene als auch für die einzelnen Haushalte. Um die unmittelbaren negativen Auswirkungen abzumildern, hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit schnelle Unterstützung geleistet. So konnten Lebensmittelpakete und andere notwendige Güter wie Hygieneprodukte und Masken an die gefährdeten Familien verteilt werden. Im Rahmen des Projekts „Green Agriculture Initiative“ mit der EU erhielten Betroffene landwirtschaftliche Kleingeräte und Betriebsmittel. Eine andere Initiative, die über das Rote Kreuz abgewickelt wurde, zielte darauf ab, die Lebensbedingungen von rund 15.000 Menschen zu verbessern. Zielgruppe waren ältere Menschen, Menschen mit medizinischen Problemen, sozial schwache Familien mit Schwierigkeiten, ihre Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Ernährung, Kleidung und Bezahlung von Versorgungsleistungen zu decken.

Vertragspartner:
SOS-Kinderdorf
Armenien
Laufzeit:
8/2021–7/2024
OEZA-Beitrag:
200.000 Euro

Vertragspartner:
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) Armenia und EU; Österreichisches Rotes Kreuz und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, Children of Armenia Fund
OEZA-Beitrag:
760.000 Euro

Service

Österreichische Botschaft

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit

26/1 V. Sargsyan Street, 6th Floor, Erebuni-Plaza Business Centre
Jerewan 0010

Tel.: +374 (0) 60 654 654

jerewan@ada.gv.at

Österreichische Botschaft

c/o Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Tel.: (+43/5) 01150-3263; Fax: (+43/5) 01159-323

armenien-ob@bmeia.gv.at

www.aussenministerium.at/armenien

Österreichisches Honorarkonsulat

Sayat Nova 29, Jerewan 0001

Tel.: (+374) 10 547 547; Fax: (+374) 10 561 776

hon.consul@austrian-consulate.am

Botschaft der Republik Armenien in Österreich

Hadikgasse 28, 1140 Wien

Tel.: +43 (01) 522 74 79; Fax: +43 (01) 522 74 81

E-Mail: armembaustria@mfa.am

Konsularabteilung:

Hadikgasse 28, 1140 Wien

Tel.: +43 (01) 524 36 68

E-Mail: armaustriaconsul@mfa.am

Links

Offizielle Website:

www.gov.am/en/

Zeitungen

PanArmenian Network:

www.panarmenian.net/

ArmenPress:

www.armen-press.am/eng/fr_eng.htm

Azatutyun:

<https://www.azatutyun.am/p/3171.html>

Horizon weekly (Armenisch, Englisch, Französisch): horizonweekly.ca

Fernsehen, Radio

Armenian Public TV: www.1tv.am

Haykakan TV: www.haykakan.tv/

TV and radio: <http://armenia.tv>

Armenia TV: www.armeniatv.am

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

<https://www.entwicklung.at/laender/suedkavkasus/armenien>

Rahmenstrategie der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit Armenien, Georgien und der Republik Moldau:

https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/Framework_Strategy_ArmGeoMol.pdf